



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

NEWSLETTER

1_2012

Inhalt

IM PORTRÄT: Daniel Seidl, Leiter Marketing FanBike KG 3

Der 23-jährige Marketingchef ist seit November 2011 Mitglied im Managerkreis.

Wachstum und Gerechtigkeit – zwei Seiten einer Medaille 4

Deutschland muss als Industriestandort und Exportland erhalten bleiben, braucht ein durchlässiges Bildungssystem und regulierte Finanzmärkte, so der Sprecher des Managerkreises Klaas Hübner.

Geschlechterquote in Unternehmen 7

Der Managerkreis empfiehlt eine 40-prozentige Geschlechterquote in Aufsichtsräten.

Mitteilungen aus dem Vorstand 8

Der Managerkreis trauert um Klaus Theo Schröder.

Der Regionalkreis Nordrhein-Westfalen hat einen neuen Sprecher.

Was haben Nachhaltigkeit und Lobbyismus miteinander zu tun? 8

Nachhaltiges Wirtschaften ist noch nicht im Kerngeschäft der Unternehmen verankert. Kann Lobbyarbeit diesen Wandel, zu dem es keine Alternative gibt, herbeiführen?

Geht es elektrisch in die Zukunft? 9

Markus Rinderspacher, Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion, sieht Bayern bei der Elektromobilität noch auf der Standspur. Finanzielle Anreize seien notwendig.

Die Finanzierung des Mittelstands nach Basel III 10

Experten sehen die pauschale Anwendung der Empfehlungen des Baseler Ausschusses auf alle europäischen Kreditinstitute kritisch. Die Kreditversorgung des Mittelstands dürfe nicht gefährdet werden.

„Gedanken über die wirtschaftliche und politische Elite in Deutschland“ 10

Der Feuilleton-Chef der FAZ Frank Schirrmacher mahnt einen politischen und gesellschaftlichen Diskurs über der Frage an, wie wir in Zukunft leben wollen.

Nachhaltige Industriepolitik – Potenziale nutzen! 11

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft IG BCE Michael Vassiliadis muss eine moderne Industriepolitik dialog- und diskursorientiert sein.



Ökologische Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen 12

NRW-Umweltminister Rommel setzt auf das Leitbild eines nachhaltigen Nordrhein-Westfalens.

Prognose des Wirtschaftsweisen Franz: „Deutschland geht es gut“ 13

Wolfgang Franz blickt trotz der Euro-Schuldenkrise und des weltweiten Konjunkturabschwungs zuversichtlich auf das Jahr 2012.





MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

NEWSLETTER

1_2012

Inhalt

Von der Finanz- zur Verteilungskrise? – Deutsche Arbeits- und Sozialstan- dards im globalen Wettbewerb 14

Trotz weltweiter Wirtschafts- und Finanzkrise wird die Globalisierung von den meisten Deutschen eher positiv gesehen. Gleichzeitig fürchten die Menschen eine weltweit wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Lässt sich dies durch stärkere Regulierungen verhindern?

Empfehlungen des Innovationsrates Baden-Württemberg nur schleppend umgesetzt 14

Der ehemalige Astronaut Ernst Messerschmid zieht eine ernüchternde Bilanz: Viele Chancen für eine nachhaltige Neuausrichtung des Forschungsstandorts Baden-Württemberg seien verfallen worden.

„Gutes Regieren in Zeiten der Finanzkrise“ 15

Peer Steinbrück und Torsten Albiger warben dafür, für den gesamten norddeutschen und nordeuropäischen Raum einzutreten.

„Alle für einen oder Deutschland für alle?“ – Herausforderungen an die europäische Politik 16

Aus der Währungskrise ist längst eine politische und wirtschaftliche Vertrauenskrise geworden. Den EU-Staats- und Regierungschefs fehlt es an klaren Richtungsentscheidungen.

Mehr Bürgerbeteiligung bei wirtschaft- lichen Großprojekten 17

RWE-Vorstandschef Großmann beklagt eine „Blockadementalität“ der Bürger mit „fundamentalistischen Zügen“.

Akzeptanz als strategischer Erfolgs- faktor 18

Die beiden Mitglieder des Sächsischen Landtags Dirk Panter (SPD) und Christian Piwarz (CDU) diskutierten darüber, wie die Parteien mit dem zunehmenden bürgerschaftlichen Engagement umgehen sollen.

„Bei den Grundsatzfragen braucht Deutschland einen parteiübergreifen- den Konsens“ 19

Der VCI-Präsident Engel hielt ein Plädoyer für eine nachhaltige und nach vorne gerichtete Industriepolitik.

Hintergrundgespräch mit Margret Wintermantel 20

Die Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes möchte mehr ausländische Studierende an deutsche Universitäten holen.

Literaturhinweise 21

Terminübersicht 22

IM PORTRÄT: Daniel Seidl, Leiter Marketing FanBike KG

Daniel Seidl zählt mit seinen 23 Jahren zu den jüngsten Mitgliedern des Managerkreises: „Ich habe nach etwas gesucht, wo es eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik gibt“, beschreibt er seine Motivation.



„Freiheit heißt nicht, dass man machen kann, was man will, sondern dass man nicht machen muss, was man nicht will“, lautet das Lebensmotto von Daniel Seidl. Der Spruch stammt ursprünglich aus dem 17. Jahrhundert, niedergeschrieben vom französisch-schweizerischen Schriftsteller und Philosophen Jean-Jacques Rousseau. Für Daniel Seidl passt dieser Freiheitsbegriff auch in die heutige Zeit: „Ich möchte Dinge tun, die mir Spaß machen und hinter denen ich stehe. Ich möchte selbst über meine Zukunft entscheiden können.“

Aufgewachsen ist Daniel Seidl im nordschwäbischen Dillingen an der Donau. Noch heute lebt er ganz in der Nähe seines Heimatortes. Nach dem Abitur absolvierte er eine Ausbildung zum Bankkaufmann. „Ich dachte mir, ich mache erst einmal etwas Solides, auf das man aufbauen kann. Studieren kann ich ja dann immer noch“.

Kurz vor seiner Abschlussprüfung erhielt Daniel Seidl das Angebot, bei der Firma FanBike als Marketingleiter einzusteigen – mit gerade einmal 22 Jahren. Sein Ehrgeiz, seine Energie und Kreativität haben den Firmeninhaber, einen ehemaligen Bundesligaspieler, überzeugt. Daniel Seidl sagte zu und wechselte von der Banken- in die Fahrradbranche: „Ich hatte ja nichts zu verlieren.“ Das schwäbische Unternehmen produziert Fahrräder, Helme, Klingeln und Sattel

im Design aller großen und bekannten Bundesligavereine. Außerdem ist FanBike auf Fahrräder im Firmendesign spezialisiert, sogenannte Firmenbikes. Für Daniel Seidl konnte der Einstieg in die Arbeitswelt nicht besser laufen, konnte er doch so seine beiden Hobbys Fußball und Radfahren beruflich miteinander verbinden.

Bis zu Beginn seiner Ausbildung war Daniel Seidl aktiver Fußballer. Danach blieb für den Sport nur noch wenig Zeit. Er blieb dem Fußball dennoch treu, kümmerte sich ehrenamtlich als Trainer um den Nachwuchs und wurde schließlich Teammanager der A-Jugend des Traditionsvereins 1. FC Normannia Gmünd. Sein Fußballherz schlägt allerdings für den FC Bayern München, nicht zuletzt deshalb, weil Daniel Seidl ebenso wie der Fußballverein an einem 27. Februar „geboren“ wurde: „Ich bewundere das professionelle und selbstbewusste Auftreten der Mannschaft“, so der 23-Jährige, dessen Vorbilder dann auch FC-Bayern-Präsident Uli Hoeneß und der ehemalige Trainer Ottmar Hitzfeld sind.

Am liebsten würde Daniel Seidl selber beim FC Bayern einsteigen – in den Bereich Sponsoring, Marketing und Merchandising. Der erste Kontakt ist hergestellt: Die Firma FanBike liefert die meisten seiner Fahrräder an die Fans des Münchener Vereins. Auch Borussia Dortmund- und FC Schalke-Fahrräder laufen gut: „Im Ruhrgebiet ist Fußball eine Religion“, so der Marketingchef.

Daniel Seidl hat noch viel vor: „Mal schauen, was die Zukunft bringt. Es ist wichtig, stets ein Ziel vor den Augen zu haben. Ich überlasse nichts dem Zufall und habe immer einen Plan B“.

Er könnte sich sogar vorstellen, eines Tages in die Politik zu gehen. Im Herbst vergangenen Jahres absolvierte er ein 2-wöchiges Praktikum bei einem Bundestagsabgeordneten in Berlin, um schon einmal in die Politik reinzuschmecken.

Wachstum und Gerechtigkeit – zwei Seiten einer Medaille

Klaas Hübner erläutert die notwendige stärkere Einbindung der Wirtschaftspolitik in finanz-, energie- und bildungspolitischen Zusammenhänge und plädiert für eine bürgernahe Politik jenseits von Wachstumspessimismus und althergebrachten Wachstumstheorien.



Klaas Hübner (*1967) war bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, ist selbstständiger Unternehmer und seit 2010 Sprecher des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wachstumspessimismus hat – wieder einmal – Konjunktur. Es ist eine weit verbreitete Ansicht, dass wir eine Alternative zu unserem bisherigen Wachstumsverständnis benötigen, demzufolge ein steigendes Bruttoinlandsprodukt mit gesellschaftlichem Fortschritt gleichzusetzen sei. In der Tat sollte die Wachstumskurve nicht mehr der einzige Indikator für den Wohlstand eines Landes sein.

Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass wir ohne Wachstum weder die weltweite Armut lindern, noch den Wohlstand der Menschen in den reicheren Erdteilen erhalten können. Das heißt: Wir werden weiterhin wirtschaftliches Wachstum brauchen. Forderungen nach Stagnation oder gar nach negativem Wachstum sind in etwa so praktikabel, wie im Auto bei voller Fahrt den Rückwärtsgang einzulegen. Vor allem aber würden ohne Wachstum die Verteilungskämpfe in unserer Gesellschaft zunehmen. Schließlich muss erst erwirtschaftet werden, was verteilt werden soll. Schon heute gibt es eine wachsende Kluft von Einkommen und Besitz. Wird der zu verteilende Kuchen kleiner, wird die Auseinandersetzung um die einzelnen Stücke größer. Das träfe die Schwachen

besonders hart. Um nicht missverstanden zu werden: Es geht hier nicht um grenzenloses Wachstum ohne Rücksicht auf Umweltbelange. Es gehört genauso der Vergangenheit an, wie eine reine, vornehmlich nationale Ausrichtung nach ökonomischen Kennzahlen und althergebrachten Theorien. Es wird vielmehr darauf ankommen, Wirtschaftspolitik noch stärker in finanz-, energie- und bildungspolitischen Zusammenhängen zu denken – und dies in einem globaleren Kontext.

Wachstum fördern

Erstens: Deutschland muss Exportland und Industriestandort bleiben. Ähnlich wie bei der Frage wachstumsorientierter Wirtschaftspolitik ist es en vogue, die Exportorientierung Deutschlands zu kritisieren. Dabei bilden der hohe Grad an Industrialisierung und die starke Exportorientierung die Grundsäulen unseres Wohlstands.

Mit Ausnahme weniger Jahre hat Deutschland regelmäßig Außenhandelsüberschüsse erzielt. Heimische Branchen wie Maschinenbau, Auto-, Chemie- oder Elektroindustrie haben heute Exportquoten von 50% und mehr. Zuletzt sind die Exporte deutscher Unternehmen sogar trotz Wirtschaftsflaute gewachsen. In diesem Jahr könnte der Exportumsatz erstmals die Marke von einer Billion Euro übertreffen. Dabei landen etwa 40% der deutschen Ausfuhren in der europäischen Währungsunion. Wer aus deutscher Perspektive noch nach einem proeuropäischen Argument sucht, wird also beim Thema Export fündig.

Natürlich wird kaum jemand leugnen, dass deutsche Exportüberschüsse anderswo auf der Welt Handelsbilanzdefizite begünstigen. Ebenso ist die Sorge berechtigt, dass weltkonjunkturelle Flaute einen größeren negativen Effekt auf exportorientierte Nationen haben. Richtig ist aber auch, dass eine vom Export getriebene Wirtschaft im Inland den Wohlstand sichert und Kaufkraft schafft. Wichtig ist, die Balance zwischen Exportorientierung und Binnennachfrage zu wahren.



Die industriellen Kerne Deutschlands mit ihren innovativen und international agierenden Unternehmen sowie ihren qualifizierten und motivierten Arbeitnehmern bilden die Basis für den erfolgreichen Export. Der Export sichert wiederum die Beschäftigung hierzulande: Nahezu jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Außenhandel ab.

Deutschland hat sich seine industriellen Kerne, die eng mit dem Mittelstand verbunden sind, bewahrt und nicht denselben Prozess der Deindustrialisierung durchlaufen wie andere Staaten. Auch deswegen hat Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise besser bewältigt als Länder, die mehr auf Dienstleistungen – vor allem im Finanzsektor – gesetzt haben. Infrastrukturen aufbauen, Energieversorgung umbauen, Bürger beteiligen

Zweitens: Die Bedeutung der industriellen Kerne muss beim Umbau unserer Energieversorgung berücksichtigt werden. Die Kosten für Energie und Rohstoffe gehören heute zu den entscheidenden Wettbewerbsfaktoren. In der gewerblichen Wirtschaft machen Löhne lediglich knapp ein Viertel der Gesamtkosten aus – Energie und Rohstoffe hingegen mehr als 40%. In der Stahlindustrie liegt der Anteil sogar bei 80%. Nach dem von Rot-Grün gemeinsam mit den Energieunternehmen beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie, haben wir von der schwarz-gelben Bundesregierung zwei Kehrtwenden erlebt. Bei diesen Drehungen ist viel verloren gegangen: Vertrauen, Planungssicherheit und wertvolle Zeit. Absehbar steigende Energiepreise werden v.a. die industriellen Kerne Deutschlands betreffen. Nach Fukushima und dem Beschluss der beschleunigten Energiewende hätte es daher statt einer Ethik – eher einer Wirtschaftskommission bedurft.

Die Energiewende in Deutschland darf nicht zum Preis der Deindustrialisierung erkaufte werden! Anders formuliert: Wenn wir den Energiesektor umbauen, muss sichergestellt werden, dass die industriellen Kerne im

Bereich der Energiekosten nicht zu stark belastet werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft muss erhalten bleiben.

In diesem Zusammenhang steht uns eine weitere Herausforderung bevor. Um den Strom in Zukunft von den großen Offshore-Windparks in der Nordsee in die weiter entfernten Großstädte zu transportieren, werden wir unsere Netzinfrastruktur gewaltig ausbauen müssen. Gerade in ländlichen Räumen ist der Protest von Bürgerinnen und Bürgern programmiert.

Ein Schlüssel liegt in der besseren Beteiligung der Bevölkerung. Dies gilt für alle Großprojekte, egal, ob es sich um die Energie-, Verkehrs- oder Kommunikationsinfrastruktur handelt. Wir brauchen neue Verfahren zur besseren Beteiligung der Betroffenen. Daher ist die von der SPD-Bundestagsfraktion unter dem Schlagwort „Infrastrukturkonsens“ gestartete Initiative begrüßenswert. In einem breit angelegten gesellschaftlichen Dialog wird ein umfassendes Konzept für bessere und transparentere Mitwirkungsmöglichkeiten erarbeitet. Die Bürger müssen sich informieren und einbringen. Auch „Stuttgart 21“ ist nicht über Nacht gekommen; von einer großen Protestwelle war lange Jahre nichts zu sehen. Wenn ein Projekt schließlich demokratisch legitimiert ist, muss für den Investor auch Planungssicherheit bestehen.

Um insgesamt eine größere Akzeptanz für Infrastrukturprojekte zu erzielen, ist eine bessere Bürgerbeteiligung eine notwendige aber gewiss noch keine hinreichende Bedingung. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen die Bedeutung der Infrastruktur zu vermitteln. Dabei sollte sich die Wirtschaft, die maßgeblich von einer leistungsfähigen Infrastruktur profitiert, stärker in die öffentliche Debatte einbringen. Bildung ausbauen

Drittens: Wenn wir weiterhin eine starke Exportwirtschaft und starke industrielle Kerne erhalten wollen, brauchen wir in unserem rohstoffarmen Land jedes Talent. Wir müssen ein Bildungssystem installieren, das transparent und durchlässig ist.



Die Sozialdemokratie hat immer versprochen: Wenn Du Dich anstrengst, kannst Du es schaffen. Die SPD muss wieder die Partei des sozialen Aufstiegs sein! Wichtigstes Element ist und bleibt Bildung. Sie muss kostenfrei für alle gleichermaßen – unabhängig von sozialer Herkunft – zugänglich sein. Geldzahlungen an Eltern und Alleinerziehende werden allein nicht zum Erfolg führen. Zielgerichtete Förderung von Kindern erreicht man durch kostenlose Kinderkrippen und Kindergärten, ein ordentliches kostenloses Frühstück und Mittagessen sowie kostenloses Schulmaterial. Aufgabe des Staates ist es, allen Kindern und Jugendlichen zu helfen, egal, zu welcher gesellschaftlichen Schicht sie gehören – besonders aber denen aus bildungsfernen Schichten. Jeder hat ein Recht gefördert zu werden. Aber es darf auch von jedem gefordert werden, dass er sich anstrengt.

Wenn wir über Bildung reden, müssen wir auch über unser Schulsystem sprechen. Es ist schwer nachvollziehbar, dass wir einerseits von den Menschen Flexibilität erwarten und uns andererseits ein zersplittertes Bildungssystem leisten, in dem Kinder durch einen Wohnortwechsel Schuljahre verlieren. Hier ist die Sozialdemokratie gefordert, sich für eine stärkere Vereinheitlichung stark zu machen.

Haushalte konsolidieren, Finanzmärkte regulieren

Viertens – der vielleicht wichtigste Punkt vor dem Hintergrund aktueller Krisen: Wirtschaftspolitik hat heute mehr denn je damit zu tun, solide Staatsfinanzen zu organisieren. Haushaltskonsolidierung ist dabei auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Eine hohe Staatsverschuldung ist nichts anderes als Umverteilung von unten nach oben. In der Regel ist es nicht die alleinerziehende Krankenschwester, die an den Zinsen von Staatsanleihen verdient. Zurückzahlen werden es mit einem exorbitanten Kapitaldienst v.a. die nachkommenden Generationen.

Der Zinsdienst des Bundes ist der zweitgrößte Einzelposten des Bundeshaushalts nach dem Budget für Arbeit und Soziales und noch vor den Etats für Verteidigung und Verkehr ist. In diesem Jahr sind für den Einzelplan „Bundeschuld“ rund 37 Milliarden Euro vorgesehen. 1969 betrug der Anteil der Zinsausgaben noch 2,7% der Gesamtausgaben. In den vergangenen vier Jahrzehnten hat sich dieser Anteil versechsfacht: 2010 machten die Zinszahlungen schon 15,5% der gesamten Bundesausgaben aus. So wird der Handlungsspielraum für all jene Felder kleiner, von denen die zukünftige Entwicklung besonders abhängt: Infrastruktur, Forschung, Entwicklung und Bildung. Deshalb ist die Haushaltskonsolidierung ein zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts.

Die öffentlichen Haushalte sind in Folge der Finanzkrise 2008 stark belastet worden. Gleichzeitig ist die Schuldenbremse eingeführt worden. Gleichzeitig wissen wir, dass die kumulierte Steuer- und Abgabenquote in absehbarer Zeit nicht reduziert werden kann. Das hängt auch damit zusammen, dass die Steuerlast für Betriebe in den vergangenen Jahren gewaltig gesenkt wurde. Angesichts der angespannten Haushaltslage wäre es daher sogar verständlich, die Steuern für größere Einkommen moderat zu erhöhen. Dieser Gedanke findet auch in Unternehmerkreisen Unterstützung. Die Bundesregierung, insbesondere die FDP, befindet sich auf dem Holzweg, wenn sie meint, mit Steuergeschenken reüssieren zu können.

Steuern sind das Regulativ eines Staates. Nachdem die Finanzmarktakteure in der Finanz- und Wirtschaftskrise von umfangreichen Rettungsmaßnahmen des Staates profitiert haben, wäre es ein Gebot der Gerechtigkeit, den Finanzsektor stärker an der Staatsfinanzierung zu beteiligen, z.B. durch eine Finanztransaktionssteuer. Sie würde zudem den Finanzmarkt stabilisieren und kurzfristige, spekulative Transaktionen eindämmen.



Vier Handlungsfelder und ein Ordnungsprinzip

Um Wachstum und Gerechtigkeit auch in Zukunft zu erhalten und auszubauen, müssen wir dafür sorgen, dass Deutschland Industriestandort und Exportland bleibt; wir müssen unsere Energieversorgung umbauen, ohne unsere industriellen Kerne zu schwächen; wir müssen unser Bildungssystem reformieren, damit es durchlässiger und transparenter wird; und wir müssen unsere Haushalte konsolidieren sowie die Finanzmärkte regulieren. Der Markt ist dabei das richtige Ordnungsprinzip – aber der Markt hat keine Moral. Die Folgekosten der Exzesse in der virtuellen Finanzwirtschaft zahlen neben den Bürgern auch und gerade die mittelständischen Industrieunternehmen. Sie sehen sich in der Folge mit unverschuldeten Verunsicherungen und rückläufigen Auftragseingängen und Kreditengpässen konfrontiert.

Der Markt soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Er soll sich an der Realwirtschaft orientieren, um diese zu fördern und darf kein selbstreferenzielles und unbeherrschbares System werden. Um dies sicherzustellen, muss der Staat dem Markt klare Regeln und Grenzen setzen – auch und gerade im Interesse der Wirtschaftsunternehmen. Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert muss immer beides im Blick haben: Wachstum und Gerechtigkeit. Es sind zwei Seiten derselben Medaille.

Dieser Artikel ist erschienen in **Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, Ausgabe 1-2012**

Geschlechterquote in Unternehmen

Gegenwärtig wird das Thema Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen intensiv in Politik und Wirtschaft diskutiert. Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt hier praxistaugliche und flexible Instrumente vor, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich zu erhöhen. Er empfiehlt eine 40-prozentige Geschlechterquote in Aufsichtsräten.

In Europa zeichnet sich ein eindeutiger Trend zugunsten einer gesetzlichen Quote ab, dem sich Deutschland nicht verschließen darf. Eine gesetzliche Quote in Unternehmen ist als Chance zu begreifen, durch einen höheren Anteil an weiblichen Führungskräften Mehrwert für die Unternehmen zu schaffen und neue Perspektiven für eine zukunftsfähige Wirtschaft in Deutschland zu eröffnen.

Angesichts der fehlenden Fortschritte der Vergangenheit, Frauen in Führungspositionen zu beteiligen und der mangelnden Umsetzung der Selbstverpflichtung der Unternehmen, hält der Vorstand des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung eine gesetzliche Geschlechterquote für geboten.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Vorstand mehrheitlich auf folgende Positionen geeinigt:

Eine Quotierung soll Unternehmen umfassen, die mehrheitlich in öffentlichem Besitz sind sowie Unternehmen, die unter das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer von 1976 und vergleichbare Regelungen fallen. Die gesetzliche Quotierung bezieht sich grundsätzlich auf die Unternehmensorgane Aufsichtsrat und Vorstand.

Die gesetzliche Geschlechterquote erstreckt sich zunächst nur auf Aufsichtsräte und erfolgt getrennt nach Bänken (jeweils für die Vertreter der Anteilseigner/innen und für die Vertreter der Arbeitnehmer/innen). Es wird eine 40-prozentige Mindestrepräsentanz für jedes Geschlecht vorgesehen. Die Regelung gilt für Aufsichtsräte, die zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Vorgabe gebildet werden. Nach sieben Jahren sollen bei Nichteinhaltung der Regelung wirksame Sanktionen im gesetzlich zugelassenen Rahmen erfolgen.

Für die Wahl des Vorstands und der Geschäftsführung sollen unternehmensspezifische Zielquoten innerhalb einer gesetzlich festgelegten Bandbreite bis 40 Prozent definiert und veröffentlicht werden, deren Nichteinhaltung schriftlich zu begründen und ebenfalls zu veröffentlichen sind.

Mitteilungen aus dem Vorstand

Trauer um Klaus Theo Schröder

Am 12. Februar d. J. ist Klaus Theo Schröder gestorben. Sein plötzlicher Tod hat uns bestürzt. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und seiner Familie.

Seit 2010 war Dr. Dr. h.c. Klaus Theo Schröder Leiter der permanenten Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik und Mitglied im Vorstand des Managerkreises. Wir werden seine Erfahrung, seine Fachkenntnis und seinen Humor sehr vermissen.

Mit seiner hervorragenden Reputation als langjähriger Staatssekretär und seiner großen Kompetenz als Gesundheitspolitiker hat er die Arbeit der „PAG Gesundheit“ intensiviert und viele Experten motiviert, in Fachgesprächen vorzutragen und zu diskutieren.

Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten und die gesundheitspolitische Arbeit des Managerkreises in seinem Sinne fortsetzen.

Der Vorstand des Managerkreises

Sprecher-Wechsel im Managerkreis Nordrhein-Westfalen

Am 28. Februar 2012 trat Christoph Dänzer-Vanotti das Amt des neuen Sprechers des Regionalkreises NRW an. Er engagierte sich bereits seit vielen Jahren im Managerkreis vor Ort und wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig gewählt. Gleichzeitig wurde Jan Zilius, der das Sprecheramt bisher ausgeübt



hat, verabschiedet. Die Mitglieder und der Gesamtvorstand des Managerkreises danken ihm für sein großes und erfolgreiches Engagement in den vergangenen elf Jahren. Jan Zilius wird dem Managerkreis freundschaftlich verbunden bleiben

Was haben Nachhaltigkeit und Lobbyismus miteinander zu tun?

Weite Teile der Wirtschaft sehen in der Nachhaltigkeit ein neues Wirtschaftsideal: Erneuerbare Energien, E-Mobilität, Nullmissionenhäuser bis hin zu neuen Paradigmen in der Gesundheit, Bildung und Kommunikation. Fragen dieser konkreten Ausgestaltung eines nachhaltigen Wirtschaftens werden in Politik, Gesellschaft und der Wirtschaft dabei umfassend diskutiert und sind mittlerweile in der tagespolitischen Diskussion verankert, nicht zuletzt durch die Einrichtung einer eigenen Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag.



Beim Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft stellt sich jedoch die Frage, in welcher Wechselwirkung freies Unternehmertum und politischer Ordnungsrahmen zueinander stehen. Vom unternehmerischen Verständnis der Nachhaltigkeit als integraler Modernisierungsansatz bis hin zum staatlich regulierten Emissionshandel müssen die Fragen der Zuständigkeiten und der Effizienz regelmäßig diskutiert und festgelegt werden. Hier liegt das Hauptbetätigungsfeld der Interessensvertretungen.

Über das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Lobbyismus diskutierten am 21. November 2011 in Berlin Nicola Brüning, Leiterin BMW Konzernrepräsentanz Deutschland, Jan Mönikes, Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied des Managerkreises, Michael von Hauff von der TU Kaiserslautern, Heiko Kretschmer, Geschäftsführer Johanssen+Kretschmer und Petra Warnecke, Mitglied der Geschäftsleitung Veolia Wasser GmbH.

Unter der Leitung von Christian Neugebauer, dem Koordinator des Wirtschaftsrates der Deutschen Umweltstiftung, wurde darüber gestritten, ob es überhaupt Lobbyarbeit benötige, um diesen so offensichtlich notwendigen Wandel herbeizuführen und an wen sich ein solches Lobbying des Nachhaltigen überhaupt zu richten habe: an die Politiker, die Unternehmer oder gar die Verbraucher?

Mit neuen Technologien, einer deutlichen Zunahme der Energie- und CO₂- Effizienz sei bereits viel erreicht worden, jedoch mangle es bislang noch an einem umfassenden Wandel in der Produktions- und Lebensweise. Weder sei nachhaltiges Wirtschaften (im Sinne einer ressourceneffizienten, sozioökologisch-betriebswirtschaftlich ausgeglichenen Produktion) im Kerngeschäft der Unternehmen verankert, noch seien Bürger tatsächlich bereit, ihren Lebensstil konsequent zu ändern. Hier müsse die Politik einen ehrlichen und transparenten Dialog herstellen und nachvollziehbare Rahmenbedingungen schaffen. Es gelte, den Dreiklang aus wirtschaftlichem Wachstum und sozial und ökologisch ausgeglichenem Wohlstand herzustellen. Hier seien alle Beteiligten gefragt und könnten Lobbyisten der Nachhaltigkeit einen wertvollen Beitrag leisten.

Mehr zum Thema:
Nachhaltigkeit – ein Erfolgsfaktor für mittelständische Unternehmen
von Prof. Dr. Michael von Hauff
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08225.pdf>



Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO,
Arbeitsbereich „Nachhaltige Strukturpolitik“
www.fes.de/wiso/content/strukturpolitik.php

Deutsche Umweltstiftung
www.deutscheumweltstiftung.de/

Geht es elektrisch in die Zukunft?

Am 21. November 2011 hatte der **Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ins Bayern-Forum zum Kamingespräch über eMobilität in Bayern eingeladen. Markus Rinderspacher, Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion Bayern und Parlamentarischer Beirat im Bundesverband eMobilität diskutierte gemeinsam mit BEM-Präsident Kurt Sigl über den Status Quo der Neuen Mobilität.**



Der Bundesverband eMobilität (BEM) setzt sich langfristig dafür ein, die Mobilität in Deutschland mit dem Einsatz erneuerbarer Energien auf Elektromobilität umzustellen. Diese Zielsetzung orientiert sich an dem Vorhaben der Bundesregierung, innerhalb der nächsten 10 Jahre zum Leitmarkt für Elektromobilität zu werden.

Zu den Aufgaben des BEM gehört die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Elektromobilität als nachhaltiges und zukunftsweisendes Mobilitätskonzept und die Durchsetzung einer Chancengleichheit bei der Umstellung auf Elektromobilität.

Um diese Ziele zu erreichen, wird der BEM die Akteure aus Wirtschaft, Politik und Medien miteinander vernetzen, die öffentliche Wahrnehmung für Elektromobilität fördern und sich für die notwendigen infrastrukturellen Veränderungen einsetzen.

Im Hinblick auf eine sich verändernde Gesellschaft, die ihre soziale und ökologische Verantwortung erkennt, will der BEM die Faszination für Elektromobilität im Alltag der Menschen integrieren und durch praxisnahe Erfahrungen umsetzen.

Der Präsident des BEM Kurt Sigl betonte: „Nur durch starke strategische Partnerschaften zwischen Energieversorgern, Batterieherstellern, Herstellern und Entwicklern von Elektrofahrzeugen, Systemzulieferern, Forschungseinrichtungen, den Verbänden und der Politik, können die notwendigen technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um im Bereich der Elektromobilität wettbewerbsfähig zu werden und zu bleiben.“

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher sieht Bayern bei der eMobilität auf der Standspur: „Geht es um die industrielle Modernisierung unseres Landes, um eine Brücke für die Automobilindustrie zu schlagen und Ansätze zur Netzwerkbildung im Bereich der Elektromobilität, drohen Bayern und Deutschland ihre Marktführerschaft im Bereich innovativer Mobilität und alternativer Anbieter an Länder wie China, Frankreich oder Japan zu verlieren“, stellte Rinderspacher fest. „Zusätzliche Anreize sind dringend notwendig, um die Elektromobilität in Bayern und Deutschland marktreif zu machen.“

Die Finanzierung des Mittelstands nach Basel III

Zur Erhöhung der Stabilität im weltweiten Finanzsystem wurden im Jahr 2010 vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht striktere Vorschriften u.a. zum Eigenkapital und zur Risikogewichtung bei Finanzinstituten vereinbart („Basel III“). Die Umsetzung in Europa erfolgt aktuell über eine europäische Gesetzgebung.



Vor diesem Hintergrund hatte das Europa-büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Managerkreis am 24. November 2011 zu einem Expertentisch geladen. Die Teilnehmer aus Wirtschaft und Bankenwesen diskutierten Fragen zu den Auswirkungen der neuen Regelungen auf kleinere Geldinstitute sowie nachgelagert auf Klein- und Mittelbetriebe (KMU).

Eine Erhöhung der Stabilität im System insgesamt wurde allseits begrüßt. Kritisch jedoch wurde gesehen, dass ein starrer Ansatz für alle 8.300 Finanzinstitute und Banken innerhalb der EU gelten solle. Befürchtet wird eine künftige Einschränkung in der Kreditvergabe an KMU, die in der Regel durch kleinere Banken wie Genossenschaftsbanken und Sparkassen erfolgt. Diese verfügen nur über eingeschränkte Möglichkeiten zur Eigenkapitalbeschaffung an den Finanzmärkten, sodass sich die Kosten dieser Institute erhöhen und an die Gesellschaft weitergereicht werden.

Im Lichte der langfristigen Auswirkungen der Finanzkrise zeigte sich somit, dass die Folgekosten nach wie vor nur unzureichend von den eigentlichen Verursachern getragen und über weite Teile der Realwirtschaft sozialisiert werden.

Die Autoren Alexander Stuwe und Asmus Angelkort stellten der Expertenrunde in Brüssel das Managerkreis-Papier „Basel III und Mittelstandsfinanzierung“ vor:

www.managerkreis.de/media/BaselIII_Mittelstand_Okt2011.pdf

www.managerkreis.de/media/BaselIII_Oct2011_english.pdf

„Gedanken über die wirtschaftliche und politische Elite in Deutschland“

„Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“, so überschrieb Frank Schirrmacher im Sommer 2011 einen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), deren Mitherausgeber er ist. Diese Aussage war der Aufhänger für die Veranstaltung des Managerkreises Rhein-Main am 7. Dezember 2011 in Frankfurt.

Florian Gerster, Vorsitzender des Managerkreises Rhein-Main und selbst FAZ-Leser von Jugend an, stellte Schirrmacher als Querdenker vor. Der Feuilleton-Chef der FAZ mische sich immer wieder auch in politische und wirtschaftliche Fragen ein und präge mit seinen Beiträgen regelmäßig den Diskurs in Deutschland.

Die seit Jahren um sich greifende Finanzkrise, die sich von einer Krise der Banken zu einer Krise der Staaten entwickelt hat, ist für Schirmmacher Beleg für das Fehlen eines nationalen und internationalen Diskurses. „Es fehlt eine Novelle“, so Schirmmacher. Wenige Politiker vermögen zu erklären, welche Bedeutung die Europäische Integration für unser heutiges Zusammenleben hat und die Bürgerinnen und Bürger des Landes mit auf den Weg zu mehr europäischer Zusammenarbeit zu nehmen. Altkanzler Helmut Schmidt habe mit seiner aktuellen Rede beim Bundesparteitag der SPD gezeigt, wie man die Europäische Union erklären und ihre notwendige zukünftige Entwicklung skizzieren kann. Dass diese Eigenschaft der aktuellen Führungsriege um Bundespräsident Wulff und Kanzlerin Merkel fehlt, tue der Republik nicht gut, wengleich die Leistungen und hohe Arbeitsbelastung der Kanzlerin in der derzeitigen Krisensituation beachtlich seien, meinte Frank Schirmmacher.

Nicht nur der Politik fehle jedoch der Diskurs, auch die Gesellschaft als Ganzes führe keinen Dialog mehr. So ist es laut Schirmmacher heute undenkbar, zur besten Sendezeit am Abend im öffentlich-rechtlichen Fernsehen eine philosophische Diskussion zu sehen. Die politischen Talkshows böten schon lange keinen echten Meinungs austausch mehr, so Schirmmacher weiter.

Neben seiner eindringlichen Forderung nach mehr Diskurs über die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, nannte Schirmmacher als drängendstes Problem unserer Zeit den demografischen Wandel, der von der Politik bisher nicht ernst genug genommen werde. Der demografische Wandel mache einen kompletten Umbau unserer Gesellschaft nötig, der bisher jedoch nicht begonnen habe. Es sei erst der Anfang, dass manche Firmen sich mittlerweile nicht nur um die Betreuung der Kinder von Angestellten kümmern, sondern auch um die Betreuung der Eltern ihrer Angestellten.

Schirmmacher widersprach der Bundesfamilienministerin von der Leyen, die der älteren Generation zu Gute hält, sich in hohem Maße für die jüngeren Generationen einzusetzen. Laut Schirmmacher sprächen sich nur die älteren Menschen beispielsweise für mehr Ausgaben im Bildungssektor aus, die selber Kinder und Enkelkinder haben. Da es in Deutschland zurzeit aber viele geburtenschwache Jahrgänge gibt, werde der Konflikt zwischen Alt und Jung sich eher noch verschärfen. Politisches Handeln sei daher dringend geboten, so Schirmmacher.

Der kenntnis- und erkenntnisreiche Vortrag gab den mehr als 100 Gästen des Managerkreises viele Gedanken mit auf den Weg, über die wir als Gesellschaft nicht nur heute, sondern auch morgen nachdenken sollten, wie Florian Gerster abschließend resümierte.

Nachhaltige Industriepolitik – Potenziale nutzen!

„Es gibt eine seltsame Illoyalität der Beteiligten“, sagte Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriege werkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IGBCE), als er in einem Vortrag zum Thema „Industriepolitik in Deutschland nach der Energiewende“ die bestehenden Defizite skizzierte, die es für eine nachhaltige und innovative Wirtschaftspolitik zu überwinden gelte.



Rund 40 Mitglieder des Managerkreises hörten interessiert den Ausführungen von Michael Vassiliadis zu und beteiligten sich engagiert an der anschließenden von Jan Zilius, Vorsitzender des Managerkreises in NRW, moderierten Diskussion. Die Veranstaltung fand am 12. Dezember 2011 in Gelsenkirchen statt.

Michael Vassiliadis skizzierte in seinem Vortrag einerseits die Defizite, die einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Industriepolitik im Weg stünden, wies gleichzeitig aber auch auf mögliche Ansätze hin, die einen tragbaren Entwicklungspfad bilden könnten. Neben seinem klaren Standortbekenntnis zu den in Deutschland vorhandenen Stärken und Potenzialen mahnte er mehr Verantwortungsbereitschaft und eine stärkere Loyalität der maßgeblichen Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen an. Auch innerhalb der Gewerkschaften müsse die Debatte geführt werden, wie die Verantwortung für eine nachhaltige Industriepolitik aussehen könne.

Das Problem sei, dass viele Entscheidungsträger lediglich in ihrer eigenen Logik denken würden und es aber darum gehen müsse, Kompetenzen zu bündeln und zusammenzuführen. Wie kann dies geschehen? Es sei notwendig, eine geeignete Plattform zu schaffen, um losgelöst von den eher kurzfristigen Interessen der verschiedenen Akteure an langfristigen Lösungen zu arbeiten, so Michael Vassiliadis. Diese Aufgabe könnten aus seiner Sicht idealerweise politische Stiftungen – wie z. B. die Friedrich-Ebert-Stiftung – leisten.

Vieles von dem, was z. B. von der aktuellen Bundesregierung als Energiewende deklariert worden wäre, sei zwar ein kompletter „turn around“, aber ohne ausreichende Kompetenz versehen. Zudem fehle auch ein langfristiges Konzept. Dieses sei aber ebenso notwendig wie die transparente Vermittlung an die Gesellschaft: „Es kommt auch auf die richtige Vermarktung des Entwicklungspfad an“, betonte Michael Vassiliadis. Außerdem sei es notwendig, sich über Begriffe, die mit einer ökologischen Industriepolitik verbunden seien, genauer zu verständigen. Was meinen wir, wenn wir von „greenjobs“ sprechen? „Und was müssen wir noch tun in Bezug auf die Akzeptanzdebatte?“ Somit machte Michael Vassiliadis deutlich, dass es

auf dem Weg zu einer modernen Industriepolitik, die nach seiner Aussage auch nicht „nach“ sondern „in“ der Industrierende stattfindet, noch eine Menge konzeptioneller Denkarbeit zu leisten gibt.

Ökologische Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen

Wie kann eine ökologische und nachhaltige Industriepolitik in NRW im Dialog zwischen Wirtschaft und Politik gestaltet werden?



Dies war die zentrale Fragestellung für das Hintergrundgespräch am 11. Januar 2012 in Düsseldorf mit Joannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Rund 40 Mitglieder des Managerkreises waren der Einladung gefolgt und nutzten die Gelegenheit, um mit dem Minister zu diskutieren. Eine moderne, verantwortungsvolle Industriepolitik muss ökologisch sein, betonte Remmel. Ein integrierter Ansatz aus Energie- und Umweltpolitik ist notwendig, um den Herausforderungen des Wandels zur einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Wirtschaft gewachsen zu sein.

Die Entwicklung von Innovationen muss von der Politik unterstützt werden. Große Chancen könnte z. B. die Entwicklung von Problemlösungen sein, die sich weltweit anwenden lassen. So kann NRW ein innovativer und moderner Industriestandort werden, der jenseits von der klassischen Kohle- und Stahlindustrie qualitatives Wachstum generiert.

Prognose des Wirtschaftsweisen Franz: „Deutschland geht es gut“

„Welcher hochkarätige Gast könnte geeigneter sein als Wolfgang Franz, wenn es darum geht, das Durcheinander der Finanzmärkte zu analysieren?“, so begrüßte Florian Gerster, der Vorsitzende des Managerkreises Rhein-Main, den wichtigsten Wirtschaftsberater der Bundesregierung. Der international renommierte Ökonom sei ein Mann, der die Welt erklären kann, wo sie besonders kompliziert ist, so Gerster.



Bei der Auftaktveranstaltung des Managerkreises in Frankfurt am Main am 25. Januar 2012 blickte der Chef der Wirtschaftsweisen trotz ungelöster Schuldenkrise und des weltweiten Abschwungs zuversichtlich auf das neue Jahr: „Wir rechnen in Deutschland mit einem Wachstum von 0,5 Prozent. Ab Mitte des Jahres gehen die Konjunkturerwartungen nach oben. Eine Rezession befürchte ich nicht.“ Für diese positive Entwicklung seien die steigende Binnennachfrage, die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und vor allem die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 verantwortlich. Franz warb vehement dafür, die Reformen nicht zurückzunehmen, und warnte gleichzeitig vor flächendeckenden Mindestlöhnen. „Die Arbeitskosten dürfen nicht höher sein als die Produktivität“, appellierte der Arbeitsmarktspezialist an die rund 130 Gäste des Managerkreises.

Der Vorsitzende des Sachverständigenrats, der mit Lösungsvorschlägen in der Euro-Krise das Gehör der Bundesregierung zurückgewonnen hatte, präsentierte den Ernst der Krise mit Ironie: „Die Politik hat im Kampf um den Euro die Wahl zwischen Pest und Cholera. Als Berater empfehle ich von beiden die Cholera. Sonst sind wir sicher tot.“

Auf keinen Fall dürfe die Bundesregierung dem Druck von Rating-Agenturen und europäischen Krisenregierungen nachgeben. Franz warnte vor Euro-Bonds und unbegrenzten Staatsanleihekäufen der Europäischen Zentralbank. Sie seien eine zu große Gefahr für die gesamte Euro-Zone. „Die Finanzierung von Staatsschulden durch eine Zentralbank gehört nach aller historischen Erfahrung zu den Todsünden einer Notenbank.“ Das Ausscheiden von Krisenstaaten aus der Euro-Zone schloss Franz kategorisch aus. „Wenn Griechenland draußen ist, bricht die Währungsunion auseinander“, so seine Befürchtung.

Die Brücke zu einer langfristigen Stabilitätsordnung sah der Chef der Wirtschaftsweisen im Schuldentilgungspakt der Euro-Länder. Bei diesem Modell würden die Euro-Staaten ihre Schulden - jenseits von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – in einen gemeinsamen Fonds einlagern. Die Schulden würden innerhalb von 30 Jahren schrittweise abgebaut. „Was immer wir tun, es wird teuer und es wird risikoreich“, gab Franz unumwunden zu. „Aber der Schuldentilgungspakt ist eine Möglichkeit, aus dem Schlamassel herauszukommen.“ Obgleich der Vorschlag des Sachverständigenrats in den Medien zunächst kritisch kommentiert worden sei, würde er in Berlin und Brüssel ernsthaft geprüft, verriet der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung.

Von der Finanz- zur Verteilungskrise? – Deutsche Arbeits- und Sozialstandards im globalen Wettbewerb

Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung verbindet eine deutliche Mehrheit der Deutschen mit der „Globalisierung“ etwas Positives - trotz weltweiter Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Umfrage ergab auch, dass sich ein Großteil der Befragten vor einer weltweit wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich fürchten. Woher kommt diese Furcht und ist sie berechtigt? Wird aus der Finanz- eine Verteilungskrise?



Der Managerkreis Niedersachsen-Bremen lud am 08. Februar 2012 in Hannover zu einer Podiumsdiskussion ein, um mit Experten die Chancen, Risiken und Herausforderungen der Globalisierung zu erörtern.

Der Ökonom Rudolf Hickel vom Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) an der Universität Bremen ging in seinem Eingangsreferat der Frage nach, ob sich die Kluft zwischen Arm und Reich durch die Finanzmarktkrise vergrößert hat. Er stellte zunächst fest, dass sich der Kapitalismus über die Jahre verändert habe. Es fand eine relative Entkopplung des Finanzsektors von der Realwirtschaft statt. Finanzprodukte haben seiner Ansicht nach keinen Bezug zur Produktionsleistung. Der Handel mit Finanzanlagen stieg um das Fünffache an, die Produktionserweiterung lediglich um das Zweifache. Spekulative Geschäfte nehmen noch immer stetig zu. Insgesamt sind 96% aller Finanzgeschäfte reine Spekulationsgeschäfte. 1970 beliefen sich die Devisenumsätze noch auf 1 Billion €, heute sind es 1 Billiarde €.

Für den Volkswirt steht fest, dass es in Zukunft eines stärkeren Regulierungssystems mit den richtigen Ansätzen bedarf. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wäre seiner Meinung nach ein richtiger Ansatz.

Im Anschluss sprach Peter Engelen, Mitglied des Vorstandes TUI AG, Ressort Personal und Recht, über die Chancen und Risiken des globalen Wettbewerbs. Er betonte, dass sich die Globalisierung nicht „zurückdrehen“ ließe. Globalisierung bedeutet eine Verschärfung des globalen Wettbewerbs, auf die die unterschiedlichen Akteure eingehen müssen. Peter Engelen zitierte die aktuelle Bertelsmann-Stiftung zum Thema Globalisierung, wonach das Lohngefälle stetig steigt. Laut dieser Studie stehen zwei Drittel der Bevölkerung positiv der Globalisierung gegenüber. Die wichtigste Zukunftsinvestition ist seiner Meinung nach die Investition in die Bildung und Zukunft junger Menschen.

Michael Koch, Vorsitzender der Geschäftsleitung Commerzbank Hannover, Privat- und Geschäftskunden, nahm zu der Frage Stellung: „Bankensystem und Kreditversorgung – Stützpfeiler oder Unsicherheitsfaktor?“ Für Koch sind Banken ein unverzichtbarer Bestandteil des Gesamtsystems und Fehlentwicklungen können nicht isoliert werden. Nach seiner Auffassung gibt es keinen Unterschied zwischen der Finanz- und Produktionswirtschaft. In Deutschland gibt es derzeit keine Kreditklemme und auch keine Reduzierung der Kreditvergabe. Michael Koch machte deutlich, dass es bisweilen massenhafte Regulierungen gibt. Für ihn stellt sich die Frage, ob die Ansätze die richtigen sind.

Empfehlungen des Innovationsrates Baden-Württemberg nur schleppend umgesetzt

Wie weiter mit dem Innovationsstandort Baden-Württemberg? Diese Frage diskutierten die Mitglieder des regionalen Managerkreises auf ihrer Jahresplanungssitzung am 9. Februar 2012 in Stuttgart. Als renommierter Experte für Forschung und Entwicklung berichtete der ehemalige Astronaut Ernst



Messerschmid von der Arbeit des Innovationsrates Baden-Württemberg, der von 2007 bis 2010 Empfehlungen für die Standortentwicklung des Landes erarbeitet hatte.

Unter Einbeziehung von 50 Experten und Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Kirchen, Sport und Medien sowie Kommunen und Gewerkschaften, legte das Gremium 2010 seinen umfassenden Abschlussbericht vor. Diese umfassende Analyse der Wettbewerbsfähigkeit des Landes enthält viele konkrete Vorschläge, wie die Potenziale des Landes optimal genutzt werden können, insbesondere im Bereich der Forschung und Entwicklung (FuE), also der Verzahnung von Wissenschaft und Unternehmen.

Wie sich im Laufe der Diskussion jedoch zeigte, wurden die umfangreichen Empfehlungen bislang eher schleppend umgesetzt. Den großen Wurf einer Zukunftsstrategie hat es damit bislang nur auf dem Papier gegeben. Es seien viele Chancen für eine nachhaltige Neuausrichtung des Forschungsstandorts Baden-Württemberg vertan worden, so Messerschmid. Zwar würde das Land mit seiner FuE-Quote von 4,4 Prozent momentan einen Spitzenplatz im Vergleich mit 97 Regionen weltweit einnehmen, jedoch machte sich bereits jetzt die mangelnde Vorausschau der vergangenen Wirtschafts- und Forschungspolitik deutlich bemerkbar. Die Kürzung von Landesmitteln, mangelnde Infrastruktur für familiengerechtes Arbeiten sowie Fehlanreize in der Steuer- und Bildungspolitik schlugen sich nieder in einem Rückgang der Unternehmensneugründungen, im Fachkräftemangel sowie einer alternden Gesellschaft mit zunehmender Verschlossenheit gegenüber neuen Ideen. Die strukturellen Probleme Deutschlands würden in den kommenden Jahren auch in Baden-Württemberg voll zuschlagen und es gelte jetzt, dringende Reformen im Wirtschafts- und Forschungsbereich durchzuführen und themenspezifische Regionalcluster zu fördern.

Im Laufe des Abends wurden die unterschiedlichen Reformansätze diskutiert und dabei die

Bereiche Bildung, Chancengleichheit - im Sinne der vollen und gleichwertigen Integration von Frauen und Migranten in den Arbeitsmarkt - sowie eine neue Kultur des „Wagnisses und der Experimentierfreudigkeit“ als zentrale Ansatzpunkte definiert. Es gelte, durch neue Kommunikationswege die Begeisterung für technische Berufe, beispielsweise durch MINT-Botschafter und Kinderunis, rechtzeitig zu fördern, die Zusammenarbeit von Universitäten, Ausbildungsstätten und Unternehmen zu stärken und durch ein landesweites Innovationsforum zu vernetzen, Verwaltungsvorschriften zu vereinfachen und mehr Wagnis- und Gründungskapital bereitzustellen. In Deutschland, dem „Land der Ideen“, und in Baden-Württemberg mit seinen vielen Exzellenz-Universitäten müsse wieder freier und offener gedacht werden, müssen alte Muster und Strukturen hinterfragt und neue Wege erprobt werden. Baden-Württemberg als Wiege des deutschen Freiheits- und Unternehmertums kann nur mit der Stärke seiner Vielfalt auch in Zukunft Vorreiter einer sozialen Marktwirtschaft bleiben und damit den Wohlstand der kommenden Generationen sichern und ausbauen.

„Gutes Regieren in Zeiten der Finanzkrise“

In einem Hintergrundgespräch des Managerkreises Nord-Ost diskutierten am 24. Februar 2012 Kiels amtierender Oberbürgermeister Torsten Albig und der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück über zukunftsfähiges Gestalten in Zeiten von Schuldenkrisen und demografischem Wandel.

Peer Steinbrück und Torsten Albiger erörterten gemeinsam mit den Teilnehmern der Veranstaltung verschiedene Strategien für ein tragfähiges Wirtschaftskonzept in Schleswig-Holstein. Dabei ging es um die Frage, mit welchen Standortfaktoren das nördliche Bundesland den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und eines strukturschwachen ländlichen Raumes entgegentreten kann.



Neben der Ausschöpfung von Effizienzpotenzialen in der öffentlichen Verwaltung, des Landesmarketings und in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Hamburg und Dänemark, sei es wichtig, eine visionäre Landesentwicklungsstrategie zu erarbeiten. Diese müsse drängende Fragen der Infrastruktur, des sozialen und kulturellen Angebots in strukturschwachen Regionen sowie des Bildungswesens klären, Zukunftssektoren wie die erneuerbaren Energien erschließen und klare Prioritäten für Politik und Bevölkerung benennen.

Peer Steinbrück verwies dabei auf das Ruhrgebiet, das den Strukturwandel relativ erfolgreich gemeistert habe, indem es seine Stärken als Metropolregion effektiv und öffentlichkeitswirksam ausnutze.

Wie auch Albig zustimmend erläuterte, sollte man sich gerade im Norden Deutschlands wieder stärker auf die gemeinsame Region besinnen und anhand von thematischen Clustern für den norddeutschen/nordeuropäischen Raum eintreten. Von unrealistischen, unfinanzierbaren Visionen sollte man jedoch Abstand nehmen, da dies nur das Vertrauen der Bürger in die Politik weiter schwäche. Ein guter Politikstil zeige sich stattdessen in der Ehrlichkeit aber auch der Durchsetzungsfähigkeit der eigenen Ideen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Werner Rechmann
Koordination & Schlussredaktion:
Dagmar Merk

Design:  zenobi GmbH
Redaktion: zenobi GmbH, Simone Warias
Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung, m2, Gerhard
P. Müller, Gaby Waldek, VCI
Friedrich-Ebert-Stiftung
Managerkreis
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Fon 0 30 / 2 69 35 70 53
Fax 0 30 / 2 69 35 92 36

www.managerkreis.de

E-Mail: managerkreis@fes.de

„Alle für einen oder Deutschland für alle?“ – Herausforderungen an die europäische Politik

Griechenland, Schuldenkrise, Rettungsschirme ... – die Nachrichten um die Lage des Euroraums prägen nun schon seit Monaten die tägliche Medienberichterstattung. In der deutschen Bevölkerung steigt die Unsicherheit und die Befürchtung, für die Defizite anderer Staaten langfristig eintreten zu müssen. „Alle für einen oder Deutschland für alle?“ wird zur zentralen Frage.

In Magdeburg diskutierten die Mitglieder des Managerkreises Ost am 28. Februar 2012 über die Finanz- und Staatsschuldenkrise und die Herausforderungen an die europäische Politik. Nach welchen Richtlinien und Zielen sollten Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa weiter entwickelt werden, um langfristig wieder Wachstum in allen Mitgliedsländern zu erreichen?

Für Heiko Geue, Staatssekretär im sachsen-anhaltischen Finanzministerium und Hauptredner in Magdeburg, geht es dabei um vielmehr als reine Finanzfragen. Seiner Ansicht nach scheinen die Regierungen und Verantwortlichen auf die neuen Schwierigkeiten nur noch reagieren zu können. Sie wirkten wie Getriebene und mit jedem weiteren europäischen Schuldengipfel sinke das Vertrauen in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik. „Politik muss jedoch mehr sein“, so Heiko Geue. Es fehle am klaren Willen der derzeit Regierenden, wieder die gestaltende Kraft im Land und in Europa zu werden. Gerade in Krisenzeiten und aufkeimenden Ressentiments müssten Visionen das Handeln bestimmen. Die Finanzwirtschaft reagiere sehr sensibel auf politische Äußerungen und benötige finanzpsychologisches Feingefühl aber auch klare Richtungsentscheidungen. Hier stimmte auch Hinrich Holm von der NordLB zu, Europa brauche wieder Visionen und müsse klar sagen, wohin die Reise gehen soll.

Klaas Hübner, Sprecher des Managerkreises, forderte wie Geue eine konzertierte Aktion der

europäischen Gemeinschaft, um mit Hilfe eines Investitionsprogramms neue Wachstumsimpulse in Griechenland und damit auch in Deutschland zu setzen. Fordern ginge nicht ohne Fördern. Gerade die Bundesrepublik hätte mit ihren guten Erfahrungen aus der Nachkriegszeit eine führende Rolle in der Krisenbewältigung einnehmen können.

Der stellvertretende Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt Jens Bullerjahn sprach sich zum Schluss mit großer Verve dafür aus, die europäische Idee nicht klein zu reden, sondern als das einzigartige Friedens- und Freiheitsprojekt zu sehen, das es sei. Die jahrhundertelangen Spannungen und Differenzen zu überwinden und gemeinsam in Vielfalt an einem besseren Europa zu arbeiten, sei eine der größten Leistungen des Kontinents. Bei all den Defiziten des europäischen Konstrukts profitierten am Ende doch die Bürgerinnen und Bürger von einem geeinten und grenzenlosen Europa.

Mehr Bürgerbeteiligung bei wirtschaftlichen Großprojekten

Nicht erst die Ereignisse um Stuttgart 21 haben deutlich gemacht, dass die Bürger in Deutschland mehr Beteiligung und Transparenz einfordern, wenn es um wirtschaftlicher Großprojekte geht. Für Wirtschaft und Politik ergeben sich daraus neue Herausforderungen. Mehr denn je stellt sich die Akzeptanzfrage seitens der Bürger.



Die Rede vom „Wutbürger“ hat einerseits deutlich gemacht, mit welcher Vehemenz gesellschaftliche Gruppen ihre Beteiligung an Entscheidungen von Politik und Wirtschaft einfordern. Gleichzeitig lässt allein schon die medial omnipräsente Begriffsbezeichnung vom „Wutbürger“

erahnen, welche Gefahren einer Stigmatisierung und Etikettierung mit einem veränderten Anspruchsdenken gesellschaftlicher Gruppen verbunden sein können. Was sind die Folgen und was kann zu einer Versachlichung der Debatte beitragen? Lähmt diese neue Anspruchshaltung, der auch die Politik Tribut zollen muss, die Wirtschaft bei der Planung und Umsetzung größerer Industrie- und Infrastrukturprojekte? Was müssen Politik und Wirtschaft leisten, damit Großprojekte auch noch in Zukunft realisiert werden können? Und bis zu welchem Grad kann es eine Bürgerbeteiligung geben?

Dies waren die Fragen einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Großprojekte am Ende? – Wie können Unternehmen heute komplexe Industrieprojekte mit Bürgern und Politik verwirklichen?“, die am 28. Februar 2012 in Düsseldorf stattfand. Rund 300 Gäste hatten sich eingefunden, um sich die Überlegungen und Thesen von Jürgen Großmann, Vorstandsvorsitzender von RWE AG, und von Peter Struck, dem Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, zu diesem Thema anzuhören. Moderiert wurde die Diskussion von Martin Schmuck, ehemaliger Pressesprecher von Peer Steinbrück.

Jürgen Großmann als Vertreter der Industrie äußerte in seinen Eingangsbemerkungen zunächst die Sorge, dass Deutschland der Verlierer einer Energiewende sein könnte. Er beklagte, dass der aus seiner Sicht vollkommen überstürzte Ausstieg aus der Atomenergie – ausgelöst durch die Ereignisse von Fukushima – ein Beispiel dafür sei, wie Planbarkeit und Berechenbarkeit für wirtschaftliches Handeln nicht funktionieren könne. Wenn Politik – bedingt durch zunehmenden Druck seitens der Bürger – langfristig festgelegte Vereinbarungen aufkündige, ohne auf der anderen Seite ein klares Konzept für die Energiewende vorzulegen, dann würde dies zu Wettbewerbsnachteilen für die deutsche Industrie führen. Darüber hinaus monierte Großmann, dass mittlerweile fast jedes neue Infrastrukturprojekt beklagt würde. Es gebe eine Blockadementalität, die fundamentalistische Züge trage und er frage sich, inwieweit

Politik bei ihrem Bemühen, die Bürger bei der Planung und Realisierung von Großprojekten mit einzubeziehen, nicht ausreichend zwischen berechtigtem Beteiligungsanspruch und fundamentalistischer Blockadehaltung unterscheidet. Jürgen Großmann setzt sich für die Festlegung klar umrissener Spielregeln ein, die für alle Akteure Planungssicherheit bieten müssten.

Diese These wurde auch von Peter Struck unterstützt. Er konzidierte, dass aus seiner Sicht Genehmigungsverfahren zu lange dauern. Eine Beteiligung von Bürgern bei der Planung von industriellen aber auch anderen Großprojekten sei in jedem Fall wünschenswert und notwendig, aber es sei auf der anderen Seite auch notwendig, genau festzulegen, in welcher Phase der Planung und Implementierung die Bürger mit einbezogen werden sollten. „Je mehr man am Anfang erklärt, umso besser!“, so Struck. Wenn dieser Schritt versäumt werde, dann müsse in der Folgezeit mit Problemen gerechnet werden. Insbesondere mahnte Peter Struck die notwendige Standhaftigkeit von Politik an. Einmal getroffene Entscheidungen, von deren Richtigkeit nach ausreichender Abwägung aller Sachargumente Politik überzeugt sei, dürften nicht aus populistischen Erwägungen heraus wieder zurückgenommen werden. Struck sprach sich dezidiert gegen den Begriff des „Wutbürgers“ aus. Dieser Begriff führe nicht weiter, sondern trage eher zur Entsachlichung der Debatte bei.

Insgesamt verdeutlichten die Vorträge der beiden Referenten und auch die verschiedenen Diskussionsbeiträge, dass in der Gesellschaft zu diesem Thema eine Art Paradigmenwechsel stattgefunden hat und Wirtschaft und Politik nach neuen Formen der Beteiligung suchen müssten.

Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor

Stuttgart 21, Kraftwerkbau, Privatisierungen von Kommunalbetrieben, Flughafenerweiterungen – überall meldet sich plötzlich lautstark der mündige Bürger zu Wort. Kein Phänomen treibt die Entscheider in

Politik wie Wirtschaft derzeit mehr um, als die Furcht vor fehlender Akzeptanz für ihre Vorhaben vor Ort. Die politischen Parteien als traditionell tragende Säule des kritisch-kontroversen Meinungsaustausches in der bürgerlichen Gesellschaft verlieren dabei an Ansehen und Gewicht. Man traut ihnen immer weniger Kompetenz zu.



Vor diesem Hintergrund will der Managerkreis das Thema „Akzeptanz“ von ganz unterschiedlichen Seiten betrachten und diskutieren. Den Auftakt hierfür bildete am 29. Februar 2012 in Leipzig eine parteiübergreifende Debatte unter der Überschrift „Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor“, zu der zwei Schwergewichte der sächsischen Landespolitik eingeladen waren: der gelernte Bankexperte Dirk Panter, Mitglied des Sächsischen Landtages und Generalsekretär der SPD-Sachsen, sowie der Jurist Christian Piwarz, 1. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion. Das Gespräch wurde von Uwe Hitschfeld, Unternehmensberater und Mitglied im Managerkreis, moderiert.

Beide Gesprächspartner räumten zu Beginn einen eigenen Lernprozess bei sich bzw. in ihren Parteien ein. Natürlich habe man, als beispielsweise in Dresden Bürger sowohl für als auch gegen den Bau der Waldschlösschenbrücke mobil machten, auch in der CDU gedacht, dass sich das „irgendwann tot läuft“, so Piwarz. Eine erste eigene Taktik habe allenfalls darin bestanden, irgendwie „auch selbst mit vertreten zu sein“, selbst wenn die Aktivisten dieser Bürgergruppen Parteienvertreter bewusst nicht im Boot haben wollten. Piwarz glaubt jedoch, dass Parteien in Bürgerinitiativen mit präsent sein sollten. Denn

zumeist fokussierten jene Gruppen ihr Engagement nur auf ein konkretes Ziel – und sei das erreicht, werde „das Große und Ganze wieder bei den Parteien abgeladen“. Doch angesichts von gerade noch 12.000 Mitgliedern sei die CDU als größte sächsische Partei im Grunde kaum noch eine „Volkspartei“.

Auch Panter, der lediglich noch 4.500 eingeschriebene Sozialdemokraten vertritt, gestand: „Wir müssen lernen und begreifen, dass es heute auch jenseits der Parteien neue Formen der Bürgerbeteiligung an Politik gibt.“ Immerhin habe die SPD ihre Strukturen so verändert, dass sich nun auch Nichtmitglieder in konkrete Themenkreise einbringen könnten. So gelinge es womöglich auch, neue Mitglieder zu gewinnen. Panter sieht gerade in der zunehmenden Ökonomisierung der Gesellschaft einen wesentlichen Grund dafür, weshalb man sich lieber in einer Bürgerinitiative einbringt, als in einer Partei: Man erreiche damit wesentlich schneller eine Wirkung, könne direkter, themenbezogener und glaubhafter wirken. Denn gerade Politik, die ihre Ziele nur noch danach bemesse, ob und wie sich etwas rechnet, verschärfe den Zwist zwischen (Parteien-)Politik und aufgeklärtem Bürgerengagement.

Insgesamt zeigte die Debatte, dass die großen Parteien im Umgang mit dem bürgerschaftlichen Engagement hin- und hergerissen wirken. Aus politischen Gründen begrüßen sie bürgerschaftliches Engagement, das mehr Akzeptanz bei Entscheidungen einfordert – doch bei der konkreten Umsetzung wird es schnell schwierig. Die Dialogpartner sind sich einig, dass sich politische Bildung verstärkt der praktischen Befähigung der Bürger widmen muss, konstruktiv wie verantwortlich mit den Instrumenten der Partizipation umzugehen.

Moderator Hitschfeld, der sich als Experte für strategische Unternehmensberatung schon lange und eingehend mit dem Phänomen „Akzeptanz“ beschäftigt, rät beiden Gesprächspartnern engagierte Bürger „an die Hand zu nehmen“, etwa den „kleinen Mann, der sich daheim am Küchentisch Gedanken über Dinge in seinem

Lebensumfeld macht, diese dann mühsam zu Papier bringt, all seinen Mut zusammenrafft, um damit zum Bürgermeister zu gehen, damit er es dann an die Regierung weiterleitet“. Denn nicht selten erhalte er darauf nur ein vorgestanztes Ablehnungsschreiben zurück.

Auf die Bemerkung von Piwarz, vielen Zeitgenossen reiche es nicht mehr, bürgerliche Mitbestimmung auf einen Wahlgang in fünf Jahren reduziert zu sehen, empfiehlt Panter mehr plebiszitäre Elemente in der Politik. So sollten die Hürden für Bürgerbegehren deutlich niedriger angesetzt werden. Auch müsse man Möglichkeiten schaffen, dass Bürger über Teile des Landeshaushalts, die sie unmittelbar betreffen, selbst mit abstimmen dürfen – so eine Forderung der SPD.

„Bei den Grundsatzfragen braucht Deutschland einen parteiübergreifenden Konsens“

Der Präsident des Verbandes der chemischen Industrie (VCI) Klaus Engel traf sich am 18. Januar 2012 mit den Mitgliedern des Steering-Komitees des Managerkreises zu einem Hintergrundgespräch. Engel machte in seinem Plädoyer für eine nachhaltige Industriepolitik deutlich, dass zur Lösung von zentralen Problemen wie Eurorettung und Energiewende mehr Dialog und Kompromisse nötig seien. Insgesamt zeichnete er die Lage der deutschen Industrie positiv.



Deutschland sei weiter ein vitales Industrieland, dessen vielschichtige Wertschöpfungsketten – mit der Chemie im Zentrum – in anderen Ländern beneidet würden. Der Erfolg dieses



Netzwerks hänge aber auch von den Entwicklungen im Heimatmarkt Europa ab, sagte Engel: „Deutschland wird nur dann das industrielle Herz Europas bleiben können, wenn wir die Schuldenkrise überwinden, das Vertrauen in den Euro wieder herstellen und die europäische Integration weiter vorantreiben. Die Rückabwicklung Europas würde viel teurer als alle Maßnahmen zur Stabilisierung.“ Diese hat, laut Engel, auch eine geopolitische Dimension. Denn ein auseinanderdividiertes Europa verlore gegenüber den immer selbstbewussteren Schwellenländern an Gewicht.

Auf Deutschland bezogen forderte der VCI-Präsident von der Politik ein ressortübergreifendes industriepolitisches Konzept, das Wachstum zum Ziel hat und die Wirtschaft als ganze stärkt: „Manche reden einen angeblichen Gegensatz zwischen der old und new economy herbei. Diese Diskussion vereinfacht unsere komplexe Industriestruktur. Ist denn ein Windrad weniger grün, weil darin hochtechnische Kunststoffe und andere energieintensive Produkte verbaut sind?“ Ein falscher Weg sei auch, die Wirtschaft nach dem Prinzip der „kreativen Zerstörung“ in bestimmte Bahnen lenken zu wollen. Dies widerspreche dem unternehmerischen Gedanken und schaffe kein Vertrauen für Investitionen, so Engel.

Intensiv fiel die Debatte zur Energiepolitik aus: Engel war sich mit dem Managerkreis einig, dass die deutsche Energiewende nur gelingen kann, wenn sie der industriellen Wettbewerbsfähigkeit nicht schadet. Dazu seien Ausnahmeregelungen wie beim EEG oder bei der Energiesteuer weiter überlebensnotwendig, erklärte Engel: „Die Grundstoffindustrie in Deutschland kann auf einen energiepolitischen Flankenschutz nicht verzichten.“ Schon 2012 müsse allein die Chemie Kosten von über 1,3 Milliarden Euro aus EEG-Umlage, Emissionshandel und Stromsteuer schultern – zusätzlich drohten in Zukunft steigende Preise. Besorgniserregend nannte Engel auch Äußerungen der Bundesnetzagentur über mögliche Zwangsabschaltungen energieintensiver Anlagen. Dazu dürfe es nicht kommen. Schließlich könnten gerade in-

dustrielle Großverbraucher unter anderem aus der Chemie dazu beitragen, das Netz zu stabilisieren. Engel plädierte auch für einen breiten Energiemix. Denn „der Bürger will nicht nur die Energiewende, er will auch Versorgungssicherheit.“ Nicht im Sinne des Erfinders sei allerdings, wenn Deutschland, wie jüngst geschehen, auf ein österreichisches Heizölkraftwerk zurückgreifen müsse, um seine Netze stabil halten zu können. Dies zeige den Handlungsbedarf beim Netzausbau.

Von der Politik forderte der VCI-Präsident mehr Bereitschaft zu einem Dialog über Parteigrenzen hinweg. Bei aller nötigen Debatte braucht Deutschland in den großen Grundsatzfragen aber auch einen partei- und gesellschaftsübergreifenden Konsens – sonst, so Engel, gehe das Vertrauen in die Politik verloren. Dies sei gerade auch in der Wirtschaft wichtig, wo Investitionsentscheidungen auf Jahrzehnte angelegt sind. Eine starke Industrie ist eine Zukunftsvorsorge für Deutschland, so das Fazit aus Sicht des Managerkreises.

Hintergrundgespräch mit Margret Wintermantel

Seit Jahresbeginn ist Margret Wintermantel Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, bis Ende April bleibt sie parallel dazu in ihrem bisherigen Amt als Präsidentin der Hochschulrektoren-Konferenz. Mit dem Steering-Komitee des Managerkreises diskutierte sie im Februar 2012 in einem Hintergrundgespräch über das richtige Verhältnis von Forschung und Lehre, die Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Hochschulen sowie den wachsenden Stellenwert der MINT-Fächer.

Über den Bologna-Prozess sagte Margret Wintermantel, dass die Umstellung der Diplom- und Magisterstudiengänge auf die Bachelor- und Masterabschlüsse dank der Bemühungen der Hochschulen überwiegend gut funktioniert hat. Zwar gibt es durchaus auch Nachbesserungsbedarf, erste Erfolge – wie zum Beispiel verkürzte Studienzeiten – sind aber zu erken-

nen. Das Ziel, die Mobilität von Studierenden zu fördern, muss weiterhin konsequent verfolgt werden. Mehr deutsche Studenten sollen einen Auslandsaufenthalt machen und mehr ausländische Studierende an deutsche Universitäten geholt werden. Denn beides, so Magret Wintermantel, ist für Qualität und Internationalität des Studiums erforderlich.

Literaturhinweise

Bernd Faulenbach:
Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969-1982.

J. H. W. Dietz Nachf. Verlag, Bonn 2011, 750 S. ISBN 978-3-8012-5035-5



Nie hat die SPD im Bund länger regiert, nie die deutsche Gesellschaft intensiver geprägt als in den Jahren von 1969 bis 1982, die als das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ der alten Bundesrepublik gelten. Der Bochumer Historiker Bernd Faulenbach stellt seine Bilanz der Sozialdemokratie jener Jahre in den Kontext der damaligen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Auseinandersetzungen.

www.dietz-verlag.de

Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte
 Heft 3/2012

Die neue Ausgabe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Neue Klassengesellschaft“. Namhafte Autoren wie u. a. Julia Friedrichs und Alan Posener beschreiben dabei verschiedene Aspekte und Fragestellungen.



www.frankfurter-hefte.de/Aktuelle-Ausgabe/

WISO Direkt
 Michael Dauderstädt:
Wachstum durch Ausbau sozialer Dienstleistungen



Soziale Dienstleistungen werden gern als eine Belastung der Wirtschaft angesehen, deren Kosten von anderen, „wirklich“ produktiven Wirtschaftszweigen zu tragen seien. Tatsächlich führt ein Ausbau sozialer Dienste zu mehr Wachstum durch zusätzliche Beschäftigung und höhere Produktivität und zu höherem Wohlstand, da er gesellschaftliche Bedürfnisse deckt. In den Bereichen Pflege, Kinderbetreuung und häusliche Dienste gibt es aber ein großes Potenzial an zusätzlichen Arbeitsplätzen.

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08887.pdf>

Sie sind im Management oder als Unternehmer tätig und politisch interessiert?

Der Managerkreis bietet Ihnen in acht Regionalgruppen und bei überregionalen Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit gleichgesinnten Managern und Unternehmern auszutauschen. Der Managerkreis besteht seit 1991 und umfasst mittlerweile über 1.300 Mitglieder. Sein Ziel ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik zu schlagen, und ein Netzwerk zwischen engagierten Managern zu knüpfen. Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied im Managerkreis zu werden.

Hier finden Sie weiterführende Informationen:

www.managerkreis.de

Kontakt

Mitgliederservice
 Dagmar Merk
 Tel. 030-269657053
managerkreis@fes.de



Terminübersicht

Die Aufstellung enthält nur Veranstaltungen, deren Termine bereits festliegen. Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig Einladungen versandt. Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

Managerkreis Berlin-Brandenburg (AUSGEBUCHT!) <i>Besichtigung des Willy-Brandt-Flughafens und Jour fixe</i> mit Wolfgang Schmidt , Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Landkreis Dahme-Spreewald	12.04.2012 Berlin
Managerkreis Niedersachsen-Bremen <i>Zukunft in Niedersachsen. Chancen einer aktiven Wirtschaftspolitik</i> mit Gerhard Schröder , Bundeskanzler a. D. und Stephan Weil, Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen	23.04.2012 Hannover
Managerkreis Ost, <i>„Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor: Kann man Akzeptanz kaufen? Die Rolle der Medien bei der gesellschaftlichen Meinungsbildung“</i> mit Burkhard Birke , Deutschlandradio	26.04.2012 Leipzig
Managerkreis Podiumsdiskussion in Berlin <i>Neue medizinische Versorgungsformen für eine alternde Gesellschaft</i> mit Dipl.-Med. Hans-Werner Pfeifer , GKV Spitzenverband u. a.	22.05.2012 Berlin
Managerkreis Rhein-Main mit Prof. Fritz Vahrenholt , CEO RWE Innogy und Thorsten Schäfer-Gümbel , Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Hessen	23.05.2012
Managerkreis Nord-Ost <i>Hintergrundgespräch</i> Mit Harry Glawe (CDU), Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus	30.05.2012 Rostock
Managerkreis Berlin-Brandenburg <i>Jour fixe</i>	06.06.2012 Berlin
Managerkreis Baden-Württemberg <i>Hintergrundgespräch</i> mit Dr. Frank Mentrup , Politischer Staatssekretär im Kultusministerium	27.06.2012 Stuttgart

Weitere Termine sind in Vorbereitung und werden auf unserer Website regelmäßig aktualisiert:

www.managerkreis.de